



Wechsel in der Linksfraktion: Erfahrene Stadträtin kehrt zurück

Während der Sommerpause des Stadtrats hat es einen Wechsel in der Fraktion Die Linke gegeben. Stadtrat Robert Fietzke hat Anfang August sein Mandat niedergelegt. Für ihn rückt die erfahrene Stadträtin Anke Jäger aus Reform nach.

„Wir freuen uns, mit Anke Jäger eine kommunalpolitisch erfahrene Stadträtin zurückzugewinnen.“, teilen die Fraktionsvorsitzenden Rebekka Grotjohann und Noah Biswanger mit. Anke Jäger blickt zuversichtlich auf die kommenden Herausforderungen. Sie betont: „Ich freue mich darauf, bereits aufgenommene Initiativen wieder selbst weiterzuverfolgen zu können. Es ist wichtig, dass Reform, Hopfengarten und Leipziger Straße wieder eine linke Stimme im Stadtparlament bekommen!“. Robert Fietzke war seit 2024 Stadtrat der Fraktion, angetreten für die Stadtteile Diesdorf, Stadtfeld West und Ottersleben. Er war Mitglied im Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten, im Betriebsausschuss Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb sowie im Verwaltungsrat der AQB gGmbH Magdeburg, dem Verwaltungs-

rat der Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH (GISE) und der MVB-Gesellschafterversammlung. In diese Gremien entsandte die Fraktion mit Beschluss in der August-Sitzung des Stadtrates nun Anke Jäger. Für sie kein Neuland, denn den Gremien gehörte sie bereits in der letzten Wahlperiode an und freut sich dementsprechend dort wieder mitwirken zu können. Sie konnte in ihrer ersten Stadtratssitzung im August auch direkt einen ersten Antrag für die Fraktion einbringen. Mit der Planung und Umsetzung einer besseren Verkehrsinfrastruktur für den gesamten Verkehrsbereich der neuen IGS „Willi Brandt“ in der Listemannstraße soll endlich das bereits seit Planungsbeginn erwähnte und nach wie vor zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen im Zusammenhang

mit der Eröffnung des Schulneubaues angegangen werden. In der Sitzung vom 12.09.2024 wurde die Aufstellung eines entsprechenden Konzeptes beschlossen. Mit der Information I0075/25 teilte die Verwaltung mit, dass „Die Verwaltung [...] intern verkehrliche Untersuchungen zum Umfeld des Standortes der IGS 'Willi Brandt' durchgeführt [...]“ hat. Zwischenzeitlich liegen nähere Informationen aus dem Radverkehrskonzept und zum Sachstand des Schulwegsicherheitskonzeptes vor. Der Antrag wurde beschlossen, ein erster Erfolg für Anke Jäger. Diese werden schnellstmöglich dem Stadtrat vorgestellt.



Von Juli 2024 bis August 2026 Stadtrat und Mitglied der Linksfraktion:
Robert Fietzke

Gegen Faschismus ist Haltung gefragt, nicht Neutralität!

In der letzten regulären Stadtratssitzung vor der Sommerpause am 18. Juni wurde noch einmal deutlich, worum es in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geht: um die Frage, ob kommunale Einrichtungen allen Parteien gleichermaßen offenstehen müssen oder ob eine wehrhafte Demokratie klare Grenzen ziehen darf. Anlass war eine Drucksache der Verwaltung zur Nutzung städtischer Einrichtungen für parteipolitische Veranstaltungen. Damit möchte die Verwaltung regeln, dass sechs Wochen vor Wahlterminen keine parteipolitischen Veranstaltungen in kommunalen Einrichtungen der Landeshauptstadt Magdeburg, der Eigenbetriebe und städtischen Eigengesellschaften stattfinden.

In Schulen und Kitas in kommunaler Trägerschaft soll dies zu keinem Zeitpunkt möglich sein. Hauptpunkt ist aber, dass Veranstaltungen der Stadtratsfraktionen im genannten Zeitraum ausschließlich Bezug zu ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit im Stadtrat haben und die Fraktion als Urheber erkennen lassen. Wahlkampf im Rathaus oder in Kitas soll also vermieden werden.

Allerdings blieb eine entscheidende Lücke. Parteien wurden ausdrücklich genannt. Nicht berücksichtigt waren jedoch Wählergruppen sowie Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber, obwohl auch sie Wahlkampf führen. Ein gemeinsamer Änderungsantrag mit CDU/FDP, SPD/Tierschutzpartei/Volt und GRÜNE/future! hat diese geschlossen. (Den Änderungsantrag könnt ihr auf unserer Homepage einsehen.). Schulen, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen freier Träger in kommunalen Liegenschaften sollen von der Regelung in Satz 1 dieses Beschlusspunktes nicht betroffen sein. Diese Änderungen wurden beschlossen und die Drucksache entsprechend ergänzt. Ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ging jedoch weiter. Wir wollten verhindern, dass kommunale Einrichtungen, Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften Parteien zur Verfügung stehen, die vom Bundesamt oder einem Landes-

amt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft werden. Wer unsere Demokratie bekämpft, sollte nicht von ihrer öffentlichen Infrastruktur profitieren. Die Oberbürgermeisterin vertrat jedoch die Auffassung, dass ein entsprechendes Vorgehen erst nach einem förmlichen Parteiverbot möglich sei. Die Einstufung als gesichert rechtsextrem genüge ihrer Ansicht nach hierfür nicht. Die Ratsmehrheit folgte dieser Argumentation und verweigerte damit eine weitergehende politische Konsequenz aus der Einstufung. Sie waren nicht bereit, aus der Einstufung als gesichert rechtsextrem politische Konsequenzen für die Nutzung kommunaler Einrichtungen zu ziehen. Die entscheidende Frage bleibt daher: Wollen wir wirklich zulassen, dass eine Partei, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnt und ihre Abschaffung anstrebt, Zugang zu Einrichtungen erhält, in denen Menschen Schutz, Beratung und Unterstützung suchen? Wollen wir ihr ausgerechnet dort Räume zur Verfügung stellen, wo Vertrauen geschaffen und demokratische Werte gelebt werden? Gegen Faschismus braucht es Haltung – nicht eine falsch verstandene Neutralität. Stadträtin Nicole Anger brachte den Änderungsantrag ein und wurde demzufolge direkt seitens der AfD angesprochen. Die AfD reagierte

auf unseren Änderungsantrag erwartungsgemäß mit persönlichen Angriffen. Ihr Fraktionsvorsitzender behauptete, ausgerechnet Die Linke sei eine „faschistische Partei“. Diese Täter-Opfer-Umkehr gehört seit Jahren zum politischen Repertoire der extremen Rechten: Wer Rechtsextremismus benennt, soll selbst diskreditiert werden. Mit einer persönlichen Erklärung entgegnete Nicole Anger ihm wie folgt:

„[...] Ich stehe für eine konsequente antifaschistische Politik. Antifaschismus bedeutet für mich, die Würde jedes Menschen zu verteidigen, menschenfeindlicher Ideologie entgegenzutreten und dafür einzustehen, dass unsere demokratischen Institutionen und Gesellschaft frei von Einschüchterung, Hass und Ausgrenzung bleiben. Die Aussagen von Stadtrat Kumpf, die Linke gehöre in die „faschistische Ecke“, und sei



Stadträtin Nicole Anger

eine faschistische Partei weise ich entschieden zurück. Diese Gleichsetzung ist nicht nur historisch falsch, sondern verdreht die Realität. Wer sich gegen Faschismus, Rassismus und autoritäre Strukturen stellt, steht nicht auf der Seite des Faschismus, sondern stellt sich ihm entgegen.

Antifaschistisches Engagement ist ein zentraler Bestandteil unserer demokratischen Verantwortung. Ich lasse mir weder

meine politische Haltung noch mein demokratisches Engagement absprechen.

Ich stehe für Demokratie, Menschenrechte und eine solidarische Gesellschaft. Dazu gehört für mich auch, deutlich zu widersprechen, wenn Grenzen überschritten werden, wenn Menschen direkt oder indirekt bedroht werden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wenn unsere Demokratie geschwächt werden

soll. Alerta! [...]“

Und genau darum ging es bei unserem Änderungsantrag: Nicht um Symbolpolitik, sondern um die klare Haltung, dass öffentliche Einrichtungen keine Bühne für gesichert rechtsextreme Parteien sein dürfen.

Nicole Anger
Stadträtin
und
Janine Schmidt
Fraktionsassistentin

Sommertour der Fraktion – für Magdeburg in Magdeburg unterwegs

Die sitzungsfreie Zeit – in diesem Jahr vom 6. Juli bis 14. August – finden weder Ausschuss-, noch Stadtratssitzungen statt und die ehrenamtlichen Stadträt:innen können sich eine verdiente Auszeit nehmen. Oder aber, sie bleiben ebenso umtriebig, wie während der übrigen Monate im Jahr und nutzen die Zeit, um beispielsweise Organisationen, städtische Eigenbetriebe oder Verbände zu besuchen und vor Ort mal nachzufühlen, was gut läuft, wo Unterstützung wichtig wäre und wie es Mitarbeitenden geht.

Oliver Müller startete die Sommertour bereits im Frühling und hat aus Anlass der großen Bauwerksprüfung am Schiffshebewerk Magdeburg den neuen leitenden Ingenieur Stefan Kutz kennenlernen können. (Wir berichteten bereits in der letzten Ausgabe der Ratsstimme.) Zu Gast war seinerzeit ebenso MVGM-Geschäftsführer Hardy Puls, mit dem Oliver Müller wenige Tage später während einer Fahrt mit der MS Magdeburg über die Pläne für die Magdeburger Weiße Flotte GmbH sprach. Sie gehört zu den beliebtesten Ausflugsangeboten unserer schönen Landeshauptstadt und lädt zu Themen-Schifffahrten auf der Elbe ein. Von der MS Magdeburg oder der MS Sachsen-Anhalt aus lassen sich die Silhouette unserer Stadt und auch das Wasserstraßenkreuz bestaunen. Auch Abendveranstaltungen wie kulinarische Touren kann man buchen. Anlegeort ist der Petriförder, direkt neben der Strandbar. Das langersehnte dritte Schiff wird es wohl vorerst nicht geben.

Auch, weil jeder Niedrigwassertag bares Geld kostet und dem Unternehmen mit jedem Tag, an dem die Flotte nicht fahren kann, wichtige Einnahmen verloren gehen. Tage mit sehr niedrigen Wasserstand gibt es mittlerweile, aufgrund klimatischer Veränderungen, immer häufiger und vor allem auch immer früher im Jahr. Magdeburg als Stadt am Strom, hat mit der Elbe einen naturgegebenen Werbefaktor, den es durch die Angebote der Weißen Flotte zu schützen, zu fördern und zu stärken gilt.

Im Aufsichtsrat der Magdeburger Verkehrsbetriebe, bei der die Weiße Flotte verankert ist, vertritt uns Rebekka Grotjohann. Gemeinsam mit dem tourismus- und wirtschaftspolitischen Sprecher Oliver Müller bleibt sie auf Kiel, um die Weiße Flotte voranzubringen.

Von einer Bootsfahrt mit den Schiffen der Weißen Flotte aus bekommt man auch einen sehr schönen Blick auf zwei weitere



Fraktionskapitän Oliver Müller hinter'm Steuer der MS Stadt Magdeburg



In der MS Stadt Magdeburg hängen Werbematerialien aus, die das Schiff in seinen ersten Jahren auf dem Fluss zeigen.

Wahrzeichen der Stadt:
**Albinmüllerturm und unsere
sich in der Sanierung
befindende Stadthalle.**

Dieses Areal war ein weiteres Ziel der Sommertour der Fraktion. Rund um Stadthalle, Hyparschale und Albinmüllerturm bleibt noch einiges zu tun. Nach einem Gesprächs- und Besichtigungstermin im Rahmen unserer Sommertour mit dem Eigenbetriebsleiter des KGM, Herrn Hagen Reum, ist inzwischen klar: Der ursprünglich geplante Fertigstellungstermin für die Stadthalle und das Außengelände kann nicht gehalten werden. Gründe dafür gibt es einige. Unter anderem verlangt die Untere Denkmalschutzbehörde das Verlegen eines besonderen Natursteinpflasters auf dem Areal. Der einzige Steinbruch, der dieses herstellen kann, ist in Bernburg und dort gibt es aktuell nur zwei Fachmensen, die dieses speziell aufarbeiten können. Entsprechend langsam kommt der Nachschub. Eine Alternative erlaubt der Denkmalschutz nicht. Also müssen sich alle weiterhin in Geduld üben. Auch zum Städtetag 2027 dürfte deshalb zumindest teilweise noch Baustellencharme zur Eröffnungsveranstaltung beitragen.

Zugegebenermaßen ist dieses Bauprojekt auch kein einfaches. In der Stadthalle treffen derzeit viele Anforderungen aufeinander: Das Gebäude soll denkmalgerecht saniert, zu-

gleich aber auch zeitgemäß und flexibel nutzbar werden. Auch technisch wird die Stadthalle für ihre künftigen Aufgaben gerüstet. Gegen eindringendes Drängwasser sollen Tiefpunkte das Wasser fernhalten. Im Ernstfall können mobile Schlauchwagen mit Elbwasser gefüllt werden, sodass das Gebäude abgeschottet werden kann. Weil die Stadthalle gewissermaßen in einer Wanne sitzt, soll so verhindert werden, dass ihr Keller vollläuft.

Uns ist es besonders wichtig, dass der Haupt(fest)saal auch wieder den Namen Blüttersaal erhält. Der MVGM-Geschäftsführer Steffen Schüler, der die Stadthalle nach Fertigstellung bewirtschaften wird, merkte dazu bereits an, dass digitale Möglichkeiten zur Raumbenennung vorgesehen sind. Wir wollen aber doch ganz gern – zumindest den Hauptsaal – noch klassisch an der Wand mit einem entsprechenden Schriftzug versehen wissen. Eine besondere Herausforderung ist auch die Akustik im Gebäude. Die großen Glasflächen sind schallhart und machen die ursprünglich geplanten akustisch wirksamen Paneele teilweise unmöglich. Deshalb müssen Absorptions- und Reflexionsflächen anders angeordnet werden. Auch das Streckmetall an der Decke übernimmt dabei eine wichtige Funktion.

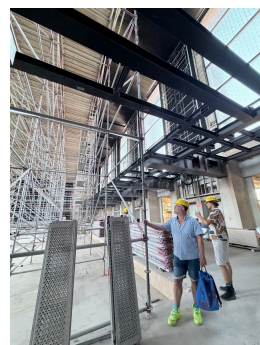
Die Stadthalle, das Außengelände und der Albinmüllerturm sind also weiterhin

ein Projekt mit langem Atem – aber eines, bei dem sich langsam erkennen lässt, wohin die Reise geht.

Immerhin soll der Albinmüllerturm zur Eröffnung des Städtetages wieder vollständig leuchten. Nicht nur wegen des neuen Basisbaus, der am Fuße des Turmes aktuell entsteht, sondern auch, weil er sichtlich beliebt und immer gut besucht ist, ist das KGM mit der Beleuchtung befasst. Allein im Sommer kommen in den Turm mehr Besucher als in die Johanniskirche im ganzen Jahr. Auch das *Festival der Moderne* soll im Oktober 2027 auf der entstehenden Event-Plaza (das Areal zwischen Stadthalle, Albinmüllerturm und Hyparschale) stattfinden. Deswegen begleiteten uns auch der Leiter des Fachbereiches Kunst und Kultur, Herr Dr. Moser, und Herr Groth vom Kulturmarketing zu dieser Führung über das Gelände.

Auch über eine verstärkte Busanbindung wird mit der MVB gesprochen. Wir regten dies (auch ohne die Vision einer Event-Plaza) bereits vor Jahren in Anträgen an und träumten von einer Straßenbahn, die die Innenstadt mit dem Park verbindet.

Für Autofahrer wichtig: Die Sternbrücke bleibt während der Bauarbeiten geöffnet. Eine dauerhafte Öffnung für den allgemeinen Verkehr ist darüber hinaus allerdings nicht vorgesehen.



Baumallee am Südring: Erhalt der Bäume weiter im Gespräch

Die Baumallee am Südring beschäftigt Anwohner:innen und uns Kommunalpolitiker:innen schon seit Längerem. Bei einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit Stadtrat Oliver Müller, Vertreter:innen des Tiefbauamtes, des Stadtgartenbetriebes (SFM), der Wohnungsgenossenschaft Post und Energie eG, von „Otto pflanzt“ sowie interessierten Anwohner:innen wurde nun gemeinsam über die Zukunft der Bäume gesprochen.

Hintergrund des Treffens sind die geplanten Sanierungsarbeiten am Geh- und Radweg am Südring. Nach Einschätzung des Tiefbauamtes führen die Wurzeln der dort seit mittlerweile 30 Jahren wachsenden Bäume mittlerweile zu erheblichen Schäden am Geh- und Radweg. Insbesondere an zwei Standorten ist die Situation so weit fortgeschritten, dass eine reine Anpassung der Pflasterung nach Aussage des Tiefbauamtes nicht mehr ausreicht. Bisher wurde dort immer mal nachgebessert. Die Bäume selbst sind allerdings gesund und können nichts für den Zustand, den ihr Wurzelwerk hat. Das Problem liegt in der ursprünglichen Pflanzung: Die Bäume wurden seinerzeit in Betonringen gepflanzt, was dazu führte, dass das Wurzelwerk nach oben wächst und somit die Pflastersteine des Geh- und Radweges anhebt. Die Fraktion stellte den Antrag, handlungsleitende und nachhaltige Maßnahmen für den Erhalt der halbseitigen Allee entlang des Südrings zu erörtern und nach Möglichkeit solange keine Fällungen in diesem Bereich vorzunehmen. Dieser wurde im Mai beschlossen, demzufolge organisierte Stadtrat Müller den nötigen Vor-Ort-Termin. Um diesen störenden Ring zu entfernen und den Wurzelbereich entsprechend neu zu gestalten, müsste das jeweilige Pflanzfeld umfassend geöffnet werden. Dies sei an den betroffenen Standorten nach derzeitiger Planung nur möglich, wenn die Bäume zuvor entfernt werden. Gesunde Bäume müssen also gefällt werden, weil

sie vor 30 Jahren falsch eingepflanzt wurden. Unseres Erachtens nach schon in Teilen skandalös.

Für die Anwesenden (vor allem Anwohner:innen) stellt sich deshalb die Frage: Muss der Verkehrsraum wirklich so gestaltet bleiben, dass die Bäume weichen müssen – oder lässt sich die Situation auch anders lösen?

Es wurde beispielsweise vorgeschlagen, den Straßenraum neu zu denken: Eine Fahrspur könnte entfallen, Radverkehr könnte auf die Straße verlagert und der Gehweg dafür verbreitert werden. So könnten die vorhandenen Bäume möglicherweise umfahren und langfristig erhalten werden. Auch eine Anhebung des Gehweges um etwa 15 Zentimeter wurde als mögliche Variante diskutiert. Damit könnte mehr Platz für die Wurzeln geschaffen werden, ohne den gesamten Verkehrsraum neu zu ordnen.

Das Tiefbauamt wies allerdings darauf hin, dass die Bäume aufgrund der ursprünglichen, problematischen Pflanzsituation dazu neigen würden, ihre Wurzeln weiterhin nach oben auszubreiten. Eine Anhebung von Gehweg oder Straße sei daher möglicherweise nur eine temporäre Lösung und könnte langfristig erneut zu Problemen führen.

Besonders interessant ist die Situation auch mit Blick auf die geplante Sanierung der angrenzenden Wohnhäuser. An den Häusern sollen auf der Straßenseite unter anderem Balkone entstehen. Eine vollständige Entfernung der Bäume und eine spätere Ersatz-



Viele Anwohner:innen sind zum Gesprächstermin erschienen.



Das in Betonringe gesperrte Wurzelwerk der Bäume entlang des Südrings bahnt sich seinen Weg nach oben und hebt dabei die Geh- und Radwegplatten an.

pflanzung würde damit nicht nur das gewachsene Straßenbild verändern: Neu gepflanzte, kleinere Bäume könnten zunächst kaum den Schatten-, Klima- und Lärmschutz leisten, den die heutigen Bäume bereits bieten. Eine Anwohnerin betont, dass die Sonne ab Mittag bis zum Abend die Vorderseite des Hauses so erhitzt, dass sie nicht auf den Balkon treten kann. Im Zuge der abschnittsweisen Sanierung sind – laut Tiefbauamt – grundsätzlich Ersatzpflanzungen mit einem Stammumfang von 16/18 beziehungsweise 18/20 Zentimetern vorgesehen.

Größere Bäume seien in der

Anwuchsphase deutlich pflegeintensiver. Im Haushalt stünden die Mittel dafür bereit.

Für uns stellt sich allerdings die Frage, ob hier nicht stärker auf Qualität statt lediglich auf eine unkomplizierte Ersatzpflanzung gesetzt werden sollte.

Wenn Bäume gefällt werden müssen, sollten möglichst große und bereits widerstandsfähige Bäume nachgepflanzt werden – auch wenn dies in den ersten Jahren einen höheren Pflegeaufwand bedeutet.

Stadtrat Oliver Müller erinnerte außerdem daran, dass weiter vorne am Südring bereits seit Jahren eine Baumscheibe leer steht. Bevor über weitere Fällungen und Ersatzpflanzungen

gesprochen wird, sollte daher auch geklärt werden, warum bestehende Pflanzmöglichkeiten bislang nicht wieder genutzt wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten für den Erhalt der gesunden Bäume ernsthaft geprüft werden. Gerade angesichts zunehmender Hitzeperioden, Lärmbelastung und der Bedeutung von Bäumen für das Stadtklima sollten gewachsene Baumstrukturen nicht vorschnell aufgegeben werden.

Wo Fällungen tatsächlich unvermeidbar sind, braucht es zudem einen angemessenen und möglichst zeitnahen Ersatz – und aus unserer Sicht möglichst mit größeren Bäumen, die

von Anfang an wieder einen echten Beitrag für das Wohnumfeld leisten können.

Der Austausch vor Ort war deshalb ein wichtiger Schritt. Nun gilt es, die verschiedenen Varianten fachlich zu prüfen und gemeinsam eine Lösung zu finden, die sowohl den Anforderungen an einen sicheren und barrierearmen Verkehrsraum als auch dem Erhalt möglichst vieler gesunder Bäume gerecht wird.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin

Hitzeschutz ist für alle da – Redebeitrag zur aktuellen Debatte in der August-Sitzung des Stadtrates

Die Fraktion GRÜNE/future! beantragte zur Sitzung am 27. August 2026 eine aktuelle Debatte mit dem Titel "Dürre und Niedrigwasser in Magdeburg". Fraktionsvorsitzende Rebekka Grotjohann, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, betonte in ihrem Redebeitrag dazu, dass beim Hitzeschutz auch der soziale Aspekt wichtiger ist.

Wesentliche Auszüge aus dem Redebeitrag von Rebekka und was die Fraktion bereits zum Thema angestoßen hat:

"[...] 34 Zentimeter. Ein neuer historischer Tiefstand der Elbe hier in Magdeburg. Herzlichen Glückwunsch. Spätestens seit 1990 verhandelt die Welt international über Klimaschutz. Seitdem sind die CO₂-Emissionen nicht gesunken, sondern gestiegen. Respekt, ehrlich. Allein im Juni sind in Deutschland über zwölftausend Menschen an den Folgen von Hitze gestorben. Die Antwort der Bundespolitik darauf: neue Ziele statt konkreter Taten. Der Magdeburger Stadtrat wird die Klimakrise nicht lösen. Selbst wenn wir hier alles täten, was in unserer Macht steht, würde das die Dürre nicht beenden und den Pegel der Elbe nicht heben. Das entbindet uns aber nicht davon, dort zu handeln, wo wir handeln können.

Und Dürre und Hitze sind Ausdruck einer Krise, die zwar alle trifft, aber eben nicht alle gleich. Es macht einen Unterschied, ob man in einer Villa mit Pool wohnt und sich locker drei Klimaanlage pro Zimmer einbauen lassen könnte, weil man ein Vermögen angehäuft hat, oder ob man sich gerade so die eigene Miete leisten kann, jeden Euro am Monatsende zweimal umdreht und schon ins Schwitzen kommt, wenn man bei IKEA die Preise für Verdunkelungsvorhänge sieht. Das ist die soziale Frage hinter der Klimakrise. Und ja, dabei geht es auch um Superreiche, so unangenehm das manchen hier offenbar ist.

Für uns Linke ist deshalb klar: Wer über Dürre und Niedrigwasser redet und die soziale Frage ausklammert, redet an der Realität vorbei. Wir fordern und wiederholen bewusst, was in un-

serem Programm längst steht, weil es nicht erledigt ist: verbindlichen Hitzeschutz bei allen Bau- und Sanierungsvorhaben an Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Den Erhalt der Kaltluftkorridore und Grünflächen der Innenstadt, ganz konkret am Prämonstratenserberg und der Wiese am Ulrichsplatz. Und ein Kleingarten-Sicherungskonzept, das diesen Namen auch verdient. Was wir uns nicht leisten können, sind irrsinnige Bauräume von einer dritten Elbquerung, die uns das Naturschutzgebiet Kreuzhorst kaputt machen und den damit



verbundenen Schutz vor Überflutungen kosten würde. Unsere Naturschutzgebiete müssen wir erhalten, hegen und pflegen. Und das ist kein Einzelfall. Diese Stadt kann selbst gute politische Entscheidungen oft gar nicht treffen, weil ihr schlicht der finanzielle Rahmen dafür fehlt. Wir wissen alle, warum das so ist. Die Antwort sitzt in Berlin. Die Kommunen sind seit Jahrzehnten von Bund und Land finanziell ausgehungert. Ausgehungen, während wir hier über Dürre reden, man könnte fast von Ironie sprechen, wenn's nicht so bitter wäre. Bislang schaffen wir nur Klimaanpassung nach Kassenlage – und wer will, dass sich das ändert, muss endlich dafür sorgen, dass wir uns das leisten können.

Und ja, auch das Grundstück am Eulenberg ist Ausdruck genau dieser Ohnmacht: Wir als Stadt haben unser Vorkaufsrecht dort nicht genutzt. Jetzt gehört es dem Land Sachsen-Anhalt und wir bestimmen nicht mehr mit, welche Industrie sich dort ansiedelt und wie viel Wasser sie verbraucht. Vielleicht wird's ein Rechenzentrum. Vielleicht etwas anderes Durstiges. Wir erfahren es vermutlich, wenn die Bagger schon da sind.

Wer wie unsere Bundeswirtschaftsministerin allen Ernstes behauptet, Klimaschutz gefährdet das Wirtschaftswachstum, dem sei gesagt: Nicht der Klimaschutz wird irgendwann das Wachstum beenden. Das schafft die Klimakrise ganz von allein, ein Blick auf die aktuellen Ernteaufträge reicht. Und noch etwas gehört in diese Debatte: Ringsum, in den Landkreisen um Magdeburg, gilt längst ein Wasserentnahmeverbot. Magdeburg selbst drückt sich

seit Jahren erfolgreich um dieses Gespräch. Ich finde, die Zeit dafür ist vorbei.

2026 wird, wenn sich diese Spirale so weiterdreht wie aktuell, eines der kühleren Jahre sein, das wir in den nächsten zwanzig Jahren noch erleben werden. Merken Sie sich das ruhig. Wir haben keine klugen neuen Lösungen für die Elbe, die sich kommunal umsetzen ließen. Aber wir haben eine Haltung: Wer am wenigsten zur Klimakrise beigetragen hat, soll nicht am meisten unter ihr leiden müssen.

Dafür steht Die Linke in diesem Rat heute, und solange es nötig ist. Und übrigens: seit 1824, spätestens 1856, ist der Treibhauseffekt in der Wissenschaft bekannt."

Die Fraktion hat mit verschiedenen Anträgen und Anfragen zum Thema Klima und dessen Auswirkungen auf die Menschen gestellt. Sei es zum generellen Umgang mit unserem wichtigen Stadtgrün (beispielsweise beantragten wir bereits in 2025 einen bundesweiten Baumgipfel), den Auftrag, versiegelte Flächen im Stadtgebiet zu renaturieren (wie am Winterhafen, im Stadtpark, um den Fortbestand unserer *grünen Lunge* zu festigen) oder die finanzielle Beteiligung der Kommune (und somit des Gemeinwohls) durch Investor:innen neuer Windenergieanlagen oder Freiflächenphotovoltaikanlagen. Ganz aktuell, nämlich in der September-Sitzung des Stadtrates brachte unser Fraktion zwei Änderungsanträge zur Verwaltungsdrucksache "Hitzeaktionsplan Magdeburg" ein. Ein erster ist interfraktionell und soll deutlich aufzeigen, wie wichtig es ist, die Bedrohungen der durch die Klimakrise immer häufiger und stärker werdenden



Werbematerial von Dennis Jannack, das aufzeigen soll, dass Hitzebelastungen vor allem sozial Schwächere trifft und dementsprechend seitens der Stadt besonders mitgedacht werden muss.

Hitzebelastungen ernst zu nehmen. Es braucht keine „Hitzetipps“, sondern eine an die klimatischen Bedingungen angepasste Stadtentwicklung, die die Gefahren durch Hitze ernst nimmt und Präventionsmaßnahmen umsetzt. Dazu gehört u. a. die strukturierte städtebauliche Umgestaltung der heißen Orte, das Öffnen klimatisierter Räume für Menschen, die an heißen Orten leben und über keine Klimatisierung verfügen, sowie ein adäquater Hitzeschutz für Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen. Nur so können Kinder und Senior*innen, die am stärksten von der Hitzebelastung betroffen sind, effektiv geschützt werden.

In einem weiteren wollten wir ein Budget eingeplant wissen, um zumindest in Einrichtungen der sozialen Daseinsfürsorge (Städtisches Klinikum, Pflegeeinrichtungen, Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen) der Stadt mit Klimatechnik zu versehen. Beide Änderungsanträge lehnte eine Mehrheit aus CDU und AfD ab.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin

Fraktionsarbeit in Bildern

Am 14. August wurde wieder die Regenbogenflagge vor dem Rathaus gehisst. Anlass sind die CSD-Aktionstage gewesen, deren Höhepunkt am 29. August der CSD in der Stadt war. Für unsere Fraktion nahm Dennis Jannack an der Flaggenhissung teil. "Wir stehen solidarisch an der Seite der queeren Community. Gerade jetzt müssen wir Haltung zeigen und deutlich machen: Hass und Gewalt dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Magdeburg steht für Vielfalt und Zusammenhalt." Auch beim CSD war die Fraktion dabei. Fraktionsvorsitzender Noah Biswanger und sein Pendant in der Landtags-

fraktion, Eva von Angern, machen Stimmung beim CSD-Festumzug durch die Innenstadt.



Stadtrat Dennis Jannack hisst eine der Regenbogenflaggen vor dem Rathaus anlässlich der CSD-Festwochen

Termine

12.10., 17:00 Uhr Fraktionssitzung
 01.11., 17:00 Uhr Fraktionssitzung
 05.11., 14:00 Uhr Stadtratssitzung
 16.11., 17:00 Uhr Fraktionssitzung
 21.11., ab 9 Uhr
 Fraktionsklausurtagung
 30.11., 17:00 Uhr Fraktionssitzung
 03.12., 14:00 Uhr Stadtratssitzung
 07.12., 16 Uhr Stadtratssitzung
 (Beratung Haushalt für 2027)
 Sitzungsfreie Zeit vom 21.12. bis
 02.01.2027

Herausgeberin:

Fraktion Die Linke im Stadtrat
 Magdeburg
 V.i.S.d.P.: Oliver Müller,
 Fraktionsgeschäftsführer
 Redaktion: Janine Schmidt,
 Fraktionsassistentin

Adresse:

Alter Markt 6
 39104 Magdeburg
 Telefon: 0391 5402270
 mail:

dielinke.fraktion@stadt.magdeburg.de

web: <https://www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion/aktuell/>

Sie sind an einer digitalen Ausgabe unserer Fraktionszeitung interessiert? Dann senden Sie uns eine Mail und wir schicken Ihnen die *ratsstimme* zukünftig im PDF-Format zu.

Die Linke

Fraktion im Stadtrat
 der Landeshauptstadt
 Magdeburg

Gedenken an die Ermordung von Rick Langenstein



Am 16. August erinnerten Wahlbereichsstadträtin Anke Jäger und Stadtrat Dennis Jannack in Magdeburg-Reform an Rick Langenstein. Vor 18. Jahren wurde Rick von einem Neonazi brutal getötet. Er war gerade einmal 20 Jahre alt. Wir erinnerten am 16. August an ihn als Mensch, an seine Geschichte, seine Pläne und an die Zukunft, die ihm genommen wurde. Auch heute ist diese Erinnerung erschreckend aktuell, denn rechte Hetze wird wieder lauter, Menschen werden wegen ihrer Einstellung, Sexualität, ihrer Ethnie bedroht und angegriffen. Schicksale, wie das von Rick, gibt es auch heute und daher ist uns ein stetes Erinnern an diese Gräueltaten ein so wichtiges Anliegen. Rick Langenstein bleibt unvergessen!

Anke Jäger und
 Dennis Jannack